

S1 So bauen wir eine Welt, die Zukunft hat - Fahrplan für den Politikwechsel

Gremium: Grüne Jugend Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.07.2021
Tagesordnungspunkt: S Strategien für die Grüne Jugend

Antragstext

1 Regieren dann, wenn sich wirklich was verändert

2 Die Notwendigkeit für einen Politikwechsel war noch nie so groß: 16 Jahre
3 Stillstandspolitik durch die CDU im Bundeskanzler*innenamt haben zu immer mehr
4 sozialer Spaltung, kaputtgesparter öffentlicher Versorgung und
5 zukunftsfeindlicher Klimapolitik geführt. Merkel, Seehofer und Co. unterstützen
6 eine Politik der Abschottung, die an den europäischen Außengrenzen Tag für Tag
7 Menschenleben kostet. Gleichzeitig haben die letzten 16 Jahre Politik der
8 Bundesregierung dafür gesorgt, dass kurzfristige Profite wichtiger waren, als
9 die Fragen der Zeit endlich in die Hand zu nehmen.

10 Die Krisen dieser Zeit könnten nicht größer sein. Die nächsten vier Jahre werden
11 entscheidend sein, um diese Krisen anzugehen und zu bekämpfen. Die CDU ist
12 hauptverantwortlich für eine Politik, die Krisen verschärft, statt sie
13 abzuwenden. Diese Politik werden wir nicht unterstützen.

14 In diesem Wahlkampf zeigen wir, was alles besser laufen kann, wenn man nur will:
15 Politik muss in den nächsten Jahren endlich wieder Visionen und zukunftsfähige
16 Politik in den Mittelpunkt stellen, anstatt an der Vergangenheit festzuhalten.
17 Es fehlt nicht an Konzepten oder Ideen, es fehlt an guter Politik, die diese
18 umsetzen will. Und deswegen nehmen wir die bessere Politik diesen Sommer in die
19 Hand: wir kämpfen für eine Politik, die niemanden mehr zurücklässt und mutig mit
20 den Menschen gemeinsam in die Zukunft geht!

21

22

23 Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel

24 Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
25 und nicht an den Profiten der Wenigen orientiert. Der Status Quo gefährdet im
26 Hier und Jetzt das Wohlergehen breiter Teile der Gesellschaft durch einen
27 löchrigen Sozialstaat, eine Arbeitsmarktpolitik, die niedrige Löhne zum Alltag
28 macht, durch kaputtgesparte Daseinsvorsorge und auch langfristig durch die

29 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wir werden eine Koalition nur dann
30 mittragen, wenn sich die Lebensverhältnisse von Menschen spürbar verbessern und
31 die notwendigen Schritte beim Schutz unserer Lebensgrundlagen gegangen werden .
32

33 **Wir sind mehr wert!**

34 Ob das nach Profitlogiken ausgerichtete Gesundheitssystem, stillgelegte
35 Bahnverbindungen, marode Schulen oder unterfinanzierte Kommunen ohne
36 Handlungsspielraum: Das Sparen an der Versorgung mit dem, was wir zum Leben
37 brauchen, verschlechtert unsere Lebenssituation in Gegenwart und Zukunft.

38 Die nächste Bundesregierung muss Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in
39 unsere Gesellschaft zu tätigen und darauf hinarbeiten, dass ein gutes Leben
40 nicht mehr vom Geldbeutel abhängt.
41

42 In die Zukunft zu investieren bedeutet auch, starke soziale Sicherheitsnetze
43 aufzubauen und zu gewährleisten, dass niemand mehr unter schlechten Bedingungen
44 arbeiten muss. Deswegen muss die nächste Bundesregierung die Fehler der Agenda
45 2010 korrigieren: Um Profite zu sichern, wurde der Sozialstaat abgebaut, Löhne
46 gedrückt und Arbeiter*innenrechte geschwächt. Das Ergebnis ist unter anderem der
47 größte Niedriglohnsektor Europas und eine Flexibilisierung, die vor allem im
48 Dienstleistungssektor für schlechte Arbeitsbedingungen sorgt.

49 Die nächste Bundesregierung muss diesen Niedriglohnsektor zurückdrängen. Dafür
50 müssen sowohl die Löhne deutlich steigen, als auch Gewerkschaften und die Rechte
51 der Arbeiter*innen deutlich gestärkt werden. Niemand darf in Armut leben müssen,
52 auch nicht arbeitslose Menschen und Familien mit geringem Einkommen. Diesen
53 Anspruch werden wir auch in die so dringend notwendige Klimapolitik der nächsten
54 Bundesregierung tragen: denn unser Klimaschutz ist sozial gerecht und wird
55 niemanden alleine stehen lassen: Her mit den wirkungsvollen und sozial gerechten
56 Maßnahmen anstatt Arbeiter*innen und Klima gegeneinander auszuspielen. Das wird
57 unser Ansporn für eine sozial-ökologische Transformation sein.

58 **Pariser Klimaabkommen ohne Wenn und Aber**

59 Die Klimakrise ist allgegenwärtig: Ein Hitzesommer nach dem anderen,
60 Ernteaufschläge durch Dürren, Überschwemmungen, unkontrollierbare Brände und
61 Menschen, die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verlieren werden. Für uns
62 ist klar: Wir müssen unsere Politik endlich auf den 1,5-Grad-Pfad bringen und
63 alles tun, um die Klimakrise noch einzudämmen. Das heißt: Die nächste
64 Bundesregierung hat die historische Verantwortung, konkrete Schritte zu
65 definieren, wie Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden kann und auf den
66 Pariser Pfad kommt.

67 **Für gleiche Rechte und eine starke Zivilgesellschaft!**

68 Das Erstarken der AfD, der enorme Anstieg rechter Gewalt und nicht zuletzt die
69 rassistischen Anschläge in Hanau, Halle und Kassel haben auf erschütternde Weise

70 gezeigt, welche Gefahren vom Rechtsextremismus ausgehen. Politik muss sich
71 entschlossener gegen Menschenfeindlichkeit und rechten Terror stellen. Die
72 nächste Bundesregierung wird daher auch am Kampf gegen Rechts gemessen werden.
73 Dazu gehört auch, rechte Tendenzen in Sicherheitsbehörden nicht mehr
74 schönzureden, sondern entschlossen zu bekämpfen.

75
76 Ob Flüchtlingsräte, Demokratieprojekte, queere Zentren oder Beratungsstellen
77 gegen Hass im Netz: Engagement braucht Unterstützung. Die Zivilgesellschaft muss
78 endlich gestärkt werden, statt sie durch den Verfassungsschutz zu
79 kriminalisieren und ihnen durch bürokratische und finanzielle Hürden Steine in
80 den Weg zu legen.

81 Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit, Antisemitismus und andere
82 menschenfeindliche Ideologien greifen tagtäglich das Leben und die Würde von
83 Menschen an. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihr Handeln danach
84 ausrichtet, diese Ideologien zu bekämpfen und mit aller Entschlossenheit dagegen
85 vorgeht.

86 **Kein Mensch ist illegal!**

87 An den europäischen Außengrenzen gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr: In
88 Massenlagern werden Menschen unter unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht, auf
89 dem Festland werden Schutzsuchende von Grenzbeamt*innen misshandelt und grausam
90 abgewiesen und das Mittelmeer wurde in den letzten Jahren zur tödlichsten Grenze
91 der Welt.

92 Die nächste Bundesregierung muss deshalb alles tun, um den Rechtsbruch und das
93 Leid zu beenden. Jeder Mensch, der europäische Grenzen passiert, muss Zugang zu
94 einem Asylverfahren bekommen. Die Abschottung Europas ist keine Option,
95 Geflüchtete sind keine Verhandlungsmasse. Europäische Außengrenzpolitik muss als
96 oberstes Ziel haben, dass Menschenleben gerettet werden.

97 **Jetzt gilt's!**

98 In den nächsten Monaten kämpfen wir auf den Straßen mit unserer Kampagne für
99 einen grundlegenden Politikwechsel. Nach der Wahl werden wir den Wahlausgang,
100 unter anderem auf dem Bundeskongress, breit im Verband debattieren und uns dann
101 entscheiden, wie wir zu möglichen Sondierungsergebnissen stehen. Wir werden uns
102 auf der Straße in Bündnissen, im Parlament und in der Partei für diesen
103 Politikwechsel starkmachen.

104 Der Kampf für eine gerechtere Politik wird uns dabei stets vorantreiben.